

Fraktion **direkt**

49 | 04. Dezember 2015

Zur Lage

Der Einsatz in Syrien ist notwendig

Der IS-Terror muss zurückgedrängt werden

In dieser Woche hat der Bundestag dem erweiterten Einsatz der Bundeswehr im internationalen Kampf gegen den IS-Terror zugestimmt. Niemandem fällt es leicht, deutsche Soldaten in die Mission in Syrien zu entsenden, auch dann nicht, wenn unsere Soldaten dort nicht direkt in die Kampfhandlungen eingreifen werden.

Es ist aber sicher eine notwendige Mission. Der Terror der Islamisten hat unzählige Menschen das Leben gekostet, im Irak, in Syrien, aber auch außerhalb der Region, zuletzt in Paris. Die Kurden, die im Nordirak kürzlich Territorium zurückerobert haben, sind in den vergangenen Tagen immer wieder auf Massengräber vor allem von ermordeten Jesiden gestoßen.

Wir sind Frankreich, das nun in diesem Jahr schon zweimal von schwersten Anschlägen getroffen wurde, Solidarität schuldig. Die Bekämpfung des Terrors ist aber auch in unserem eigenen Interesse. Der IS zielt mit seiner Propaganda auch auf unser Land. Von Syrien aus wird zu Terroranschlägen auch in Deutschland aufgerufen. Mehrere hundert junge Menschen sind aus Deutschland nach Syrien gereist, um dort für den IS zu töten oder den Terror zu unterstützen.

Und natürlich ist der IS-Terror einer der Hauptgründe, warum so viele Menschen aus Syrien nach Europa fliehen. Wir haben immer gesagt, dass wir die Fluchtursachen bekämpfen wollen. Ziel muss daher eine Befriedung Syriens sein. Bis dahin ist es allerdings ein langer Weg, nicht zuletzt weil eine politische Vereinbarung aller an dem Konflikt Beteiligten schwierig werden wird. Aber ohne eine militärische Eindämmung des IS wird jede politische Lösung nahezu unmöglich sein.

Reduzierung der Flüchtlingszahl nun erreichbar

Die Bundeskanzlerin hat in ihrem Bemühen, die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren, einen wichtigen Teilerfolg errungen. Auf dem gemeinsamen Gipfel mit der EU in Brüssel hat die Türkei sich bereit erklärt, mehr zu unternehmen,



Foto: Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

um die Ausreise von Flüchtlingen zu begrenzen. Die EU hat sich ihrerseits zu Gegenleistungen verpflichtet. Diese Unterstützung kann man aber schlecht kritisieren, da die Aufnahme und Versorgung von zwei Millionen Flüchtlingen für die Türkei sicher nicht einfach ist. Daher kann man Ankara zum Beispiel die Forderung nach Beteiligung an den Kosten nicht verdenken.

Es wäre richtig, wenn für diese Kosten nun auch vor allem diejenigen EU-Staaten aufkämen, die selber keine Flüchtlinge aufnehmen wollen. Europa ist auch eine Gemeinschaft auf Gegenseitigkeit. Das haben einige Mitgliedstaaten scheinbar inzwischen leider vergessen.

Volker Kauder

Inhalt

Der Einsatz in Syrien ist notwendig	1
Klimaziele müssen verbindlich sein	2
„Es ist Zeit zu handeln“	3
Europas Ziel ist Stabilität in der Region	4
Tierschutz konsequent voranbringen	5
Vernetzung im Gesundheitswesen schreitet voran	6
Klimaschutz muss kosteneffizient sein	7
Letzte Seite	8

Kommentar

Klimaziele müssen verbindlich sein

Erderwärmung auf maximal zwei Grad Celsius begrenzen



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Auf der UN-Klimakonferenz in Paris wird in diesen Tagen an einem Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll gearbeitet. Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht das Ziel, die Erderwärmung verbindlich auf maximal zwei Grad Celsius zu beschränken. Klimaschutz kann aber keine Sache von wenigen Staaten sein, sondern bedarf einer breiten, globalen Gemeinschaft, die auch bereit ist, überprüfbare nationale Ziele umzusetzen. Unter maßgeblichem Einfluss unserer Bundeskanzlerin wurden bereits auf dem G7-Gipfel in Elmau unter deutscher Präsidentschaft im Juni dieses Jahres weitreichende Klimabeschlüsse gefasst. Die G20-Beschlüsse beim Gipfel in der Türkei vor drei Wochen haben diesen Weg noch mal bekräftigt.

Viele Industriestaaten haben inzwischen ihre eigenen Klimaziele und Strategien zur Reduzierung von CO₂-Emissionen formuliert. Gut ist, dass China auch erstmals bereit ist, einen Reduktionszeitpunkt, nämlich 2030, zu nennen. Aber die einzelnen Reduktionsziele der Staaten sind erst dann wirklich etwas wert, wenn sie verpflichtend sind und umgesetzt werden. Nur so können wird die Zwei-Grad-Begrenzung erreichen. Deshalb brauchen wir transparente Regeln für die Umsetzung der Ziele und einen Überprüfungsmechanismus.

„Deutschland steht zu seinen Verpflichtungen“

Wichtig ist vor allem auch, dass wir die Schwellenländer davon überzeugen, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, denn der CO₂-Ausstoß dieser Staaten ist inzwischen so hoch, dass alleinige Reduktionsverpflichtungen der Industriestaaten nicht mehr ausreichend sind, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Deutschland steht zu seinen Verpflichtungen. Wir werden schrittweise auf eine kohlenstoffarme Form des Wirtschaftens umsteigen, aber gleichzeitig müssen wir auch darauf achten, die Stellung der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb nicht zu beschädigen.

Deutschland und die anderen Industriestaaten können den Schwellen- und Entwicklungsländern auf dem Weg in den Klimaschutz aber auch helfen. Wir haben die Möglichkeiten, Technologien zu entwickeln, die den Emissionsausstoß reduzieren. Dass wir bereits mit China und Indien im Bereich der erneuerbaren Energien zusammenarbeiten, wird langfristig bei der Umsetzung der Klimaschutzziele hilfreich sein.

Ein anderer Aspekt ist in diesem Zusammenhang noch wichtig: Wir wollen die wirtschaftliche und soziale Entwicklung gerade in Entwicklungsländern klimafreundlich und gerecht gestalten, so dass arme Bevölkerungsgruppen nachhaltige Entwicklungschancen und auch Zugang zu sauberer Energie haben. Jede Dürre, jede Überflutung wird zu Flüchtlingsbewegungen führen. Daher ist die Entscheidung, ab 2020 weltweit 100 Milliarden Dollar jährlich für Klimaschutzprojekte zur Verfügung zu stellen, richtig. Die Menschen sollen in ihren Heimatländern in jeder Hinsicht sicher leben können.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

„Es ist Zeit zu handeln“

Bundestag verabschiedet Bundeswehr-Mandat für den Einsatz in Syrien – Dem IS-Terror entschlossen entgegenzutreten

Die Bundeswehr wird sich in Kürze an dem internationalen Einsatz gegen das Terrornetzwerk „Islamischer Staat“ (IS) in Syrien beteiligen. Ein entsprechendes Mandat erteilte der Bundestag am Freitag mit den Stimmen der großen Koalition. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Norbert Röttgen (CDU), sagte mit Blick auf die extreme Brutalität des IS: „Es ist Zeit zu handeln.“ Ohne militärische Präsenz in der Region werde die Diplomatie keine Chance haben.

Laut Mandat sollen sich bis zu 1.200 Bundeswehrsoldaten an dem Einsatz der internationalen Allianz gegen den IS in Syrien beteiligen. An militärischen Fähigkeiten stellt die Bundeswehr unter anderem sechs Aufklärungstornados, eine Fregatte zum Schutz des französischen Flugzeugträgers „Charles de Gaulle“ sowie einen Airbus zur Luftbetankung französischer Kampffjets. „Dieser Einsatz wird ein gefährlicher Einsatz sein“, sagte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Henning Otte. Die Soldaten seien aber gut vorbereitet und ausgestattet. Von einem „Zeichen der Entschlossenheit“ sprach der CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter.

„Wir werden einen langen Atem brauchen“

Mit ähnlichen Worten hatte Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen bei der ersten Lesung am Mittwoch um Zustimmung für das Mandat geworben. „Wir werden einen langen Atem brauchen“, sagte sie. Nach den verheerenden Terroranschlägen von Paris am 13. November, die auf das Konto des IS gehen, hatte sich die Bundesregierung aus Solidarität mit den französischen Freunden



Abgeordnete stimmen über Syrien-Einsatz ab

Foto: picture alliance / dpa

zum militärischen Handeln entschlossen. Aber auch aus eigenem Interesse macht die Beteiligung Sinn. Der IS habe auch Deutschland und Europa ins Fadenkreuz genommen, sagte Röttgen. Es gehe um die Verteidigung der demokratischen Grundwerte, betonte Otte.

An der Allianz gegen den IS, der 64 Staaten angehören, beteiligt sich die Bundeswehr bereits seit vergangenem Jahr mit der Ausrüstung und Ausbildung kurdischer Peschmerga in Nordirak. Die Unterstützung der Peschmerga nannte der außenpolitische Sprecher der Fraktion, Jürgen Hardt, in der ersten Lesung eine der klügsten Entscheidungen. Denn den Kurden sei es gelungen, den IS in Teilen zurückzudrängen und Gebiete zurückzuerobern.

Einbettung in politischen Prozess

Alle Redner der Unionsfraktion hoben hervor, dass der Militäreinsatz eingebettet in eine politische Strategie sei. Dabei verwiesen sie auf den Wiener Prozess, der einen Fahrplan zur Befriedung Syriens vorsieht: Einem Waf-

fenstillstand soll die Bildung einer Übergangsregierung folgen. Am Schluss stünden der Wiederaufbau des Landes und die Aussöhnung der politischen Gegner.

„Ohne politisches Konzept sind alle militärischen Mittel zum Scheitern verurteilt“, sagte Röttgen. Auch die Austrocknung der Finanzströme des IS gehöre zu dem Konzept, betonte Otte. Kiesewetter forderte ein stärkeres Engagement Europas im gesamten Nahen und Mittleren Osten. Europa habe die Region zu lange sich selbst überlassen, meinte auch Röttgen. Er erinnerte vor allem an die vielen Opfer, die der IS in Syrien und im Irak in menschenverachtender Weise ermordet, massakriert und misshandelt hat.

Rechtsgrundlage des Einsatzes ist die UN-Resolution 2249, die die Mitgliedstaaten zur Bekämpfung des Terrors und Eindämmung des IS in Syrien und Irak aufruft. Im Mandat angeführt werden aber auch das Selbstverteidigungsrecht Frankreichs nach Artikel 51 der UN-Charta und die Bitte Frankreichs um Beistand nach Artikel 42,7 des EU-Vertrages.

Europas Ziel ist Stabilität in der Region

Jürgen Hardt über den europäisch-türkischen Aktionsplan – Dialog mit Ankara intensivieren – Fluchtursachen bekämpfen



Foto: Katja-Julia Fischer

Jürgen Hardt
Außenpolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Europäische Union und die Türkei haben auf einem Gipfeltreffen am vergangenen Wochenende einen Aktionsplan zur Flüchtlingskrise vereinbart. Über die Einzelheiten sprach „Fraktion direkt“ mit dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt.

Herr Hardt, der türkische Ministerpräsident Ahmed Davutoglu sprach von einem Neuanfang in den europäisch-türkischen Beziehungen. Sehen Sie das auch so?

Hardt: Europa und die Türkei sind in vielfältiger Weise wirtschaftlich und als strategische Partner miteinander verbunden. Vor allem Deutschland genießt in Ankara traditionell hohes Ansehen. Die Türkei ist für uns auch zentraler Akteur bei der Bewältigung der humanitären Krise in der Region. Wie kein anderes NATO-Land erbringt sie mit der Versorgung von über zwei Millionen Flüchtlingen eine enorme Leistung. Dies wurde bislang in Europa nicht ausreichend gewürdigt.

Auf dem Gipfel ging es darum, die bestehenden Beziehungen auf breiter Basis fortzuentwickeln, aber auch

konkret die Lebenssituation der Flüchtlinge in der Türkei zu verbessern. Insofern war dies kein Neuanfang. Wir knüpfen vielmehr an die historisch engen Beziehungen an. Die haben wir in den letzten Jahren etwas vernachlässigt.

Vereinbart ist, dass die Türkei ihre Grenzen besser schützt, um den ungeordneten Zuzug der Flüchtlinge in die EU zu stoppen. Dafür erhält sie Visa-Erleichterungen für ihre Bürger und die Beschleunigung des EU-Beitrittsverfahrens. Ein fairer Deal?

Hardt: Europas Ziel ist Stabilität in der Region und die Bekämpfung der Fluchtursachen. Es ist richtig, dabei einerseits die Türkei bei ihrem Einsatz für die Flüchtlinge zu unterstützen, andererseits aber auch über die Möglichkeiten einer weiteren Annäherung der Türkei an Europa zu sprechen. Dazu gehört dann auch die Frage, ob die EU die Visumpflicht für türkische Staatsangehörige im Schengen-Raum bereits im kommenden Jahr aufheben kann. Ursprünglich sollten die Verhandlungen darüber bis Ende 2017 abgeschlossen sein, deshalb sind die Voraussetzungen für solche Visaerleichterungen bereits klar definiert. Nun geht es lediglich um die Frage, ob die Voraussetzungen schneller erfüllt werden können.

Mit Blick auf die Menschenrechte in der Türkei: Ist die Eröffnung neuer Beitrittskapitel gerechtfertigt?

Hardt: Deutschland hat sich stets dafür eingesetzt, den Dialog mit Ankara auf bilateraler, europäischer und internationaler Ebene zu intensivieren. Die CDU/CSU hat den Annäherungsprozess an die EU mit dem Begriff „Privilegierte Partnerschaft“ umschrieben. Die Eröffnung neuer Kapitel in den Beitrittsverhandlungen bietet nun die Möglichkeit, sehr

konkret über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der EU und der Türkei zu sprechen. Das ist nicht gleichzusetzen mit dem Abschluss eines Kapitels oder gar mit einem unmittelbar bevorstehenden Beitritt. Nur wenn man verhandelt, kann man Druck machen und Verbesserungen erreichen.

Zum Beispiel im Bereich der Menschen- und Bürgerrechte gibt es klar Gesprächsbedarf. So muss der Friedensprozess mit den Kurden wiederbelebt werden. Andererseits ist ein Land, das selbst weit mehr als zwei Millionen Menschen Obdach bietet, kein unsicheres Herkunftsland im Sinne des europäischen Flüchtlingsrechts.

Die EU will der Türkei zu deren Entlastung auch anbieten, ein Flüchtlingskontingent zu übernehmen. Einige EU-Mitglieder verweigern sich allerdings einer Verteilquote. Wie kann man das Problem lösen?

Hardt: Wenn über geregelte Formen der Lastenteilung zwischen der EU und der Türkei gesprochen wird, ist die Übernahme von Flüchtlingskontingenten eine Möglichkeit, wie wir Ankara entgegenkommen können. Denn der Zustrom von Flüchtlingen in die Türkei, aber auch nach Jordanien und in den Libanon, hält ja weiter an.

Voraussetzung für die Aufnahme solcher Kontingente in der EU ist aber eine geregelte Aufteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedstaaten nach festen Quoten. Mit der Vereinbarung über die Neuverteilung von 160.000 Flüchtlingen, die in Griechenland und Italien gestrandet sind, ist ein Anfang gemacht. Die EU ist zu wesentlich mehr in der Lage, wenn der gute Wille da ist.

Tierschutz konsequent voranbringen

Bundestag debattiert über Tierschutzbericht – Deutsche Standards im internationalen Vergleich hoch



©countrypixel - Fotolia.com

Die Lebensmittelerzeugung, insbesondere die Frage der Tierhaltung, wird in unserer Gesellschaft intensiv diskutiert. Dabei steht das Wohl der Tiere immer stärker im Vordergrund; Forderungen nach Verbesserung der Haltungsbedingungen von Nutztieren werden lauter. In diesem Kontext debattierte der Bundestag am Donnerstag den Tierschutzbericht der Bundesregierung.

Der Bericht, der einen Rückblick auf die Jahre 2011 bis 2014 gibt, zeigt deutlich, dass die Bundesregierung dem Tierschutz einen sehr hohen Stellenwert einräumt. Als Beispiel wird darin die Änderung des Tierschutzgesetzes angeführt, mit der konkrete Verbesserungen für Nutztiere, Versuchstiere und Haustiere erreicht werden konnten. Mit der im Herbst 2014 gestarteten Initiative „Eine Frage der Haltung – neue Wege für mehr Tierwohl“ hat Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt den Tierschutz noch einmal stärker in den Mittelpunkt seiner Arbeit gerückt.

Für die CDU/CSU-Bundestagfraktion ist der Tierschutz von großer Bedeutung. Die Unionsfraktion begrüßt es ausdrücklich, dass Tierschutz in der Gesellschaft einen hohen Stellenwert hat und sich als wichtige Messlatte für ethisches Handeln erweist. Das Staatsziel Tierschutz steht aus gutem Grund

schon seit mehr als zehn Jahren im Grundgesetz. 2002 hat Deutschland als erster EU-Mitgliedstaat dem Tierschutz Verfassungsrang gegeben.

Höhere Standards – höhere Preise

Dass die Anforderungen, unter denen Tiere in Deutschland gehalten werden, im weltweiten Vergleich bereits sehr hoch sind, spielt in der aktuellen Debatte nur eine untergeordnete Rolle. Gleichzeitig gibt es derzeit keinen gesellschaftlichen Konsens zwischen Lebensmittelerzeugern und Verbrauchern über die Art und Weise, wie Lebensmittel hergestellt und Tiere gehalten werden sollten. Dieser Herausforderung stellt sich die Unionsfraktion.

Trotz der bereits hohen Standards will die CDU/CSU-Fraktion die Tierhaltung in Deutschland kontinuierlich verbessern. Dabei arbeitet sie intensiv an einem Konzept, das die gesellschaftlichen Erwartungen aufnimmt und gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft in Deutschland gewährleistet. Klar ist: Leistungsmaximierung bei gleichzeitiger Kostenminimierung kann nicht länger das alleinige Ziel sein. Höhere Anforderungen an die Erzeugungsweise werden allerdings teurere Lebensmittel zur Folge haben. Politische Weichenstellungen

sind deshalb sorgfältig darauf hin zu prüfen, welche ökonomischen, ökologischen und sozialen Konsequenzen sie nach sich ziehen.

Forschung nach Alternativen fördern

Die Unionsfraktion strebt einen intensiven und offenen Dialog mit Landwirten, Handel und Verbrauchern an, um zeitnah langfristig tragfähige Lösungen zu erreichen. Sie setzt darauf, dass die Wissenschaft Lösungen findet, die das Tierwohl steigern, sich in der Praxis aber leicht umsetzen lassen. Deshalb fördert sie intensiv die Forschung nach Alternativen zu gesellschaftlich nicht mehr akzeptierten Methoden wie dem Töten männlicher Küken oder dem Kürzen von Schnäbeln. Aber auch dort, wo akuter Handlungsbedarf besteht, wird konsequent gehandelt: So soll das Schlachten trächtiger Tiere so bald wie möglich verboten werden.

Der Tierschutzbericht der Bundesregierung macht deutlich, dass die Koalition sich auf dem richtigen Weg befindet. Zudem gibt er Anlass, darüber zu diskutieren, wie Lebensmittel erzeugt und Tiere gehalten werden sollen. Gute Lösungen werden auch dazu führen, dass die gesellschaftliche Wertschätzung für unsere Nahrungsmittel steigt.

Vernetzung im Gesundheitswesen schreitet voran

Bundestag verabschiedet E-Health-Gesetz – Mehr Nutzen durch die elektronische Gesundheitskarte

Die Digitalisierung im deutschen Gesundheitswesen schreitet voran. Der Deutsche Bundestag beschloss am Donnerstagabend das sogenannte E-Health-Gesetz, das einen detaillierten Fahrplan für den Aufbau einer bundesweiten Telematik-Infrastruktur zur Vernetzung im Gesundheitswesen vorsieht. Außerdem sollen Schritte für weitere Anwendungen über die elektronische Gesundheitskarte laufen, die im Januar für jeden Versicherten Pflicht wurde.

„Wir stellen damit die Weichen für eine schnellere und sicherere Kommunikation, für mehr Patientensicherheit, mehr Wirtschaftlichkeit und Effizienz in unserem Gesundheitswesen“, erklärte die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Michalk. Eine sichere digitale Infrastruktur für die fast 200.000 Ärzte, 20.000 Apotheken, 2.000 Krankenhäuser und mehr als 70 Millionen gesetzlich Krankenversicherten in Deutschland sei unverzichtbar, denn sie rette Leben. Die Berichterstatterin Katja Leikert verwies darauf, dass immer noch mehr Menschen an unerwünschten Arzneimittelnebenwirkungen als im Straßenverkehr sterben – etwa weil ein Patient bei verschiedenen Ärzten in Behandlung ist und diese nicht wissen, welche Arzneimittel bereits verordnet wurden.

Unter anderem sieht das Gesetz vor, dass der persönliche Medikationsplan auf der elektronischen Gesundheitskarte gespeichert werden kann. Nimmt ein Patient drei oder mehr Medikamente ein, so kann anhand des Medikationsplans geprüft werden, ob sie miteinander verträglich sind oder zu gefährlichen Wechselwirkungen führen. Diese Kontrollfunktion hilft insbesondere älteren und allein lebenden Menschen. Außerdem können auch Notärzte künftig wichtige Daten eines Patienten direkt von der elektronischen Gesundheitskarte abrufen – was im Notfall

über Leben und Tod entscheiden kann. Zu diesen Notfalldaten gehören Informationen über Allergien und Vorerkrankungen.

Die elektronische Gesundheitskarte ist somit ein erster Schritt zu einer elektronischen Patientenakte, die letztlich Arztbriefe, Notfalldaten und

fest wird die nach wie vor starre Sektorengrenze zwischen dem stationären und dem ambulanten Bereich besser überwunden. Außerdem werden langfristig alle Heilberufe und die Pflege mit einbezogen werden. Das Gesetz sieht darüber hinaus weitere telemedizinische Leistungen sowie die Ein-



© Jürgen Fälchle - Fotolia.com

den Medikationsplan enthalten soll. Anhand dieser Daten können die Versicherten auch besser auf die eigene Behandlung Einfluss nehmen. Außerdem wird Versicherten der Zugriff auf das sogenannte Patientenfach erleichtert: Dort können sie wichtige Dokumente wie einen elektronischen Impfausweis, eigene Blutzuckermessungen oder die von ihrem Fitnessarmband registrierten Daten ablegen.

Datenschutz extrem wichtig

Mit der künftigen Einführung des elektronischen Arzt- und Entlassbriefe

führung der Videosprechstunde vor.

Maria Michalk machte auf die Bedeutung eines wirksamen Datenschutzes aufmerksam: „Es gibt kaum sensiblere Daten als die über die eigene Gesundheit“, erklärte sie. Der Aufbau der neuen digitalen Infrastruktur erfülle daher höchste Sicherheitsstandards: Zugriffsrechte seien klar geregelt; die Datenabfrage von Ärzten werde protokolliert. Außerdem würden medizinische Daten doppelt verschlüsselt. Bei unberechtigten Zugriffen drohten strafrechtliche Konsequenzen.

Klimaschutz muss kosteneffizient sein

Fachgespräch der Unionsfraktion – Wachstum und Beschäftigung im Blick

Klimaschutz ist zwingend notwendig, aber er darf Wachstum und Beschäftigung in Deutschland nicht beeinträchtigen. In erster Linie bedeutet das: Der Kostenfaktor darf bei Maßnahmen des Klimaschutzes nicht aus dem Blick geraten. Dieser Aspekt stand im Mittelpunkt eines Fachgesprächs, das die CDU/CSU-Fraktion in der vergangenen Woche mit Blick auf den Weltklimagipfel in Paris veranstaltete.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Georg Nüßlein erklärte: „Wir müssen beim Umstieg in ein kohlenstoffarmes Wirtschaften darauf achten, dass Unternehmen und Arbeitsplätze bei uns im Land erhalten bleiben.“ Dem Klima sei nicht geholfen, wenn mit hohen Kosten verbundene Auflagen dazu führten, dass Unternehmen aus Deutschland abwanderten und am neuen Standort die gleichen Produkte kostengünstiger, aber mit mehr Schadstoffausstoß produzierten. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Fuchs warnte vor deutschen und europäischen Alleingängen in der Klimapolitik. Die brächten nicht nur dem Klima keinen Nutzen, sondern schädeten auch der heimischen Wirtschaft massiv.

Der Direktor für Klimastrategie und Internationales bei der Europäischen Kommission, Artur Runge-Metzger, forderte faire Wettbewerbsbedingungen für die europäische Wirtschaft auf den globalen Märkten. Schutzvorkehrungen gegen Produktionsverlagerungen ins nicht-europäische Ausland, wenn sie mit Kosten für den Klimaschutz zusammenhängen, müssten bis 2030 fortgeschrieben werden.

Mit Blick auf die Weltklimakonferenz würdigte der Experte Franzjosef Schafhausen aus dem Bundesumweltministerium die Vielzahl an nationalen Selbstverpflichtungen. Andreas Jung, Klimaschutzbeauftragter der CDU/CSU-Fraktion, nannte vor allem die Tatsache, dass die Volksrepublik China in den Emissionshandel einsteigen wolle, eine „unglaubliche Entwicklung“. Allerdings gab Holger



Podiumsteilnehmer beim Fachgespräch

Lösch von der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) zu bedenken, dass die geplanten nationalen Klimaschutzbeiträge nicht rechtlich bindend seien.

Der Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln, Marc Oliver Bettzüge, rief dazu auf, die Klimapolitik weniger „natio-

nal autark“ anzugehen, da Emissionen keine Grenzen kennen. Für eine offene Diskussion über alle Instrumente der Klimaschutzpolitik plädierte Hildegard Müller, die Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft. Dazu zählten auch Technologien zur Kohlendioxidabscheidung und -speicherung (CCS), sagte sie.

Für ein ehrgeiziges Weltklimaabkommen

Der Klimawandel ist eines der zentralen Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts. Bereits heute ruft der Klimawandel extreme Wetterlagen, Dürren und Überschwemmungen hervor und ist somit ein Grund für Fluchtbewegungen.

Die Weltklimakonferenz, die vom 30. November bis 11. Dezember in Paris tagt, soll ein Nachfolgeabkommen für das 2020 auslaufende Kyoto-Protokoll beschließen. Die Teilnehmerstaaten wollen sich auf die Verringerung der Treibhausgasemissionen verpflichten, um so den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur auf unter zwei Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Der Bundestag hat in dieser Woche einen Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD beschlossen, der die Teilnehmerstaaten – Industrieländer wie Entwicklungs- und Schwellenländer gleichermaßen – zum Abschluss eines ehrgeizigen Abkommens ermahnt.

In dem Antrag fordern die Fraktionen die Bundesregierung auf, alles zu tun, um das nationale Ziel zur Reduzierung der Treibhausgase um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 bis 2020 umzusetzen. Auch das Langfristziel einer Verminderung von 80 bis 95 Prozent bis 2050 soll mit Maßnahmen unterlegt werden. Auf europäischer Ebene soll sich die Bundesregierung unter anderem dafür einsetzen, dass der Emissionshandel als marktwirtschaftliches Instrument für den Klimaschutz gestärkt und dass ein Rahmen für den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie der Steigerung der Energieeffizienz geschaffen wird.

Auf internationaler Ebene soll sich die Bundesregierung für eine strenge Überprüfung der Einhaltung der Vorgaben und gegebenenfalls für deren Anpassung stark machen. Außerdem soll sie sich weiter an der Auffüllung des Grünen Klimafonds beteiligen, für den ab 2020 ein jährliches Volumen von 100 Milliarden Dollar aus öffentlichen und privaten Quellen angestrebt wird.

„Den Wohlstand jeden Tag erarbeiten“ Unionsfraktion ver- öffentlicht neues Infomaterial

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in dieser Woche eine Reihe von Schriften veröffentlicht. So fasst die Broschüre „Wirtschaft stärken, Zukunft gestalten“ Beiträge zusammen, die bei den Wirtschaftsgesprächen der Fraktion unter dem Motto „Innovation, Wachstum, Zukunft“ eine Rolle gespielt haben. Außerdem wurde die im Sommer veröffentlichte Halbzeitbilanz aktualisiert. Wegen des Wechsels in einigen wichtigen Positionen wurde auch der Infolyer „Wer macht was?“ neu aufgelegt. Und erstmals erscheint mit der aktualisierten Übersetzung des Flyers zur Religionsfreiheit ein Faltblatt auf Englisch.

Broschüre zur Wirtschaftsreihe

Die Wirtschaftsbroschüre widmet sich einer Reihe von Themenfeldern – angefangen mit der Digitalisierung von Wirtschaft und Arbeit über Forschung und Innovation bis hin zur Energiepolitik. Im Kern geht es um die Frage, wie Deutschland fit für die Zukunft gemacht werden kann. Fraktionschef Volker Kauder mahnt in seinem Vorwort: „Unser Wohlstand fällt nicht vom Himmel, sondern muss jeden Tag neu erarbeitet werden.“ Der Staat könne den Unternehmen die nötigen Anpassungen nicht abnehmen, er könne aber die richtigen Rahmenbedingungen setzen. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt fordert: „Mittelständische Betriebe müssen Rückgrat der deutschen Wirtschaft bleiben.“ Beiträge verfassten neben führenden Fraktionspolitikern unter anderem BDI-Präsident Ulrich Grillo, Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer



Foto: Steven Rösler

Wirtschaftsempfang der Unionsfraktion im April 2015

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducusu.de/veranstaltungen

- 13.-15. Dezember 2015 Parteitag der CDU Deutschland
- 16. Dezember 2015 Vorweihnachtliche Feier der CDU/CSU-Fraktion

und DIHK-Präsident Eric Schweitzer.

Aktualisierte Halbzeitbilanz

Seit Sommer hat sich in der Politik viel bewegt. Deshalb wurde die Zwischenbilanz der großen Koalition mit dem Titel „Halbzeit“ auf den neuesten Stand gebracht. Ein zusätzliches Kapitel widmet sich dem enormen Zustrom an Flüchtlingen und den politischen Maßnahmen, die die Koalition in diesem Zusammenhang ergriffen hat.

Die Broschüre gibt nur einen knappen Überblick über die Politik der vergangenen zwei Jahre. Ausführliche Berichte über das, was in den einzelnen Fachgebieten erarbeitet wurde, finden

Sie auf der Webseite der Fraktion unter www.cducusu.de/fraktion.

Flyer zur Religionsfreiheit auf Englisch

“Protecting freedom of religion – Strengthening international cooperation” ist eine aktualisierte Übersetzung des Flyers “Religionsfreiheit gewähren – Christen schützen”. Darin wird erläutert, warum sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion besonders für Religionsfreiheit einsetzt und was sie für den Schutz verfolgter Christen tut. Ihren ausländischen Gesprächspartnern soll der Flyer in kompakter Form den Fraktionsstandpunkt zu dem Thema vermitteln.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducusu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cducusu.de/fd



[www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



www.youtube.com/cducusu



[twitter.com/
cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)